

Vresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verkaufspreis: Nachrichten Dresden
Semesterversand: 20 Mark
Für die Adressänderung: 20 Mark
Schuldentilgung u. Kapitalrückzahlung:
Dresden - R. 1, Westendstraße 33/34

Bezugspreis bei täglich zweimaliger Auslieferung monatlich 3.00 Mk. einschließlich 10 Pfg. für Zustellung, durch Verlangung 2.10 Mk. einschließlich 10 Pfg. Bezugspreis (ohne Zustellungsgebühr) bei 7 mal wöchentlichem Versand, Einzelnummer 10 Pfg., außerordentlich 15 Pfg. Einzelnummer: Die einseitige 20 mm breite Seite 20 Pfg., für außerordentlich 40 Pfg., die 30 mm breite Seite 30 Pfg., für außerordentlich 60 Pfg. ab. Fernschreiben: 10. Zahl, Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt außerhalb 100 Pfg. ab. Fernschreiben: 10. Zahl, Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt außerhalb 100 Pfg. ab. Fernschreiben: 10. Zahl, Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt außerhalb 100 Pfg. ab.

Redaktion: Dresden - R. 1, Westendstraße 33/34
Telefon: 1000
Postfach: 1000
Verantwortlich: Dr. G. G. G. G.

Schwierigkeiten der Etatsaufstellung

Noch keine Mittel für Arbeitslosenhilfe

Berlin, 14. April. Dem Nachrichtenbüro des Vereins deutscher Zeitungsverleger wird von Seiten der Regierung mitgeteilt, daß die Nachrichten unzutreffend seien, die davon wissen wollen, daß das Reichskabinett den Reichshaushaltsplan für 1932 bereits in seiner Donnerstagvormittag (Gesellschaft) in seinen Streitpunkten der einzelnen Ressorts über den Etat verhandelt wurden. Die Kabinettsitzung am Donnerstagmorgen beschäftigt sich mit dem Ergebnis dieser Verhandlung. Die Verhandlungen über den Reichsetat werden in den nächsten Tagen auch in Absence des Reichsfinanzministers Brünning fortgesetzt. Sehr bedeutsam ist angesichts der lebhaften Diskussion über die Maßnahmen der Reichsregierung gegen die Arbeitslosigkeit, daß eine endgültige Entscheidung hierüber sich kaum vor Fertigstellung des Etats ermaßigen läßt. Denn erst dann kann man überschauen, welche Mittel für die Arbeitslosenhilfe eingesetzt werden können. Diese Feststellung gilt insbesondere auch hinsichtlich der Verträge, die von einer neuen Reichsregierung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit abgeschlossen werden sollen. Daß über das Problem der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Maßnahmen zwischen dem Reich und den Ländern u. a. in Betracht kommen, ist gewiß. Die Verträge aber, als könnten die Länder ihre Ersparnisse an der Kürzung der Beamtengehälter für die Arbeitslosenhilfe einsetzen, wird dem Nachrichtenbüro von prephischer Seite bestritten.

da Preußen diese Beträge für den Ausgleich seines Haushalts benötigt. Es wird sich zeigen müssen, ob nach dem Abschluß der Staatsverhandlungen das Reich in der Lage ist, geeignete Vorschläge zu machen, die es ermöglichen würden, bestimmte Anteile an einzelnen Steuern für das so oder so unumgänglich notwendige Pflanzwert gegen die Arbeitslosigkeit abzugeben.

Neue Fünfmarkstücke - auch neue Form?

Berlin, 14. April. Der Reichsrat genehmigte heute die Ausprägung von weiteren 100 Millionen Mark in Fünfmarkstücken. Hierbei wurde auch dem Reichsrat der Wunsch geäußert, daß die Fünfmarkstücke etwas kleiner geprägt werden. In ihrer letzten Größe und Schwere seien sie zu einer förmlichen Landplage geworden und hätten eine wesentliche Erschwerung des Verkehrs mit sich gebracht.

Reichsfinanzminister Brünning nach Genf abgereist

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung
Berlin, 14. April. Reichsfinanzminister Dr. Brünning hat heute abend Berlin verlassen, um sich nach Genf zu begeben. Vor seiner Abreise wurde in einer Kabinettsitzung die außenpolitische Lage erörtert. In der gleichen Sitzung wurden auch die Richtlinien für die Behandlung der Arbeitsbeschaffung und anderer wirtschaftlicher Fragen durch die Ressorts während der nächsten Zeit festgelegt.

Die Rolle des Zentrums

Die Politik der Zentrumspartei, die sich als der politische Arm des deutschen Katholizismus fühlt, hat immer als ein Mäxter diplomatischer Schläue genossen. Nicht mit fürmischem Eifer wie die Radikalen rechts und links geht die Zentrumspolitik auf ihre Ziele los, sondern mit den stillen „Rezepten“, die Brüning höhnisch der nationalen Opposition empfahl, mit jener besonderen Art von „Klugheit“, die man auch politische Charakterlosigkeit nennen kann und deren wesentliches Merkmal darin besteht, daß ihre patentierten Inhaber auf alle programmatischen Grundzüge der Partei, insbesondere auf den Schatz der christlichen Grundlagen unteres Volkstums zu verzichten bereit sind, wenn sie sich durch solchen Verrat an der eigenen Überzeugung nur an der Macht halten können. Preußen ist das lebende Beispiel dafür. Dort hat es sich in der langen Leidenszeit und in den vielen Wechseln des Regiments der Weimarer Koalition erwiesen, daß für die Zentrumspolitik überhaupt nur zwei feste Grundzüge gelten. Der eine heißt: immer dabei sein; der andere: immer auch anders können. Nie hat diese Kunst der Winkelzüge größere Triumphe geieiert, als in den letzten zwei Jahren, in denen ihr das zum Verständnis seiner Lage erwachte Volk bei jeder nur möglichen Bekundung seines Willens das Vermittlungsurteil gesprochen hat. Das war nur möglich durch den ungeführten Rückversicherungsvertrag zwischen Reich und Preußen, in dem sich das Zentrum mit der Sozialdemokratie unidlich verbunden hat. Er besteht nur aus zwei Paragraphen: 1. Preußen mit dem ganzen Reich unter seiner Verwaltung unterliegt unumkehrbar der Herrschaft der Sozialdemokratie. 2. Dafür bildet die Sozialdemokratie die Diktatur des Zentrums über das Reich. Diese beiden Punkte sind von den Partnern getrennt bis zur Selbstaufopferung eingehalten worden. Die preußische Verwaltung wurde den Notwendigkeiten ausgeliefert; zum Innenministerium bekamen sie das Kultus- und das Finanzministerium dazu. Mehr braucht eine Partei wahrhaftig nicht, um ein Land ihrem Willen zu unterwerfen. Von den einflussreichen Ressorts der Justiz, und der Landwirtschaftsverwaltung aus lag das Zentrum mit verführten Armen zu, wie Braun, Severing, Grimme und Klepper mit vereinten Kräften aus Preußen eine Parteifaktale der SPD. machten. Sogar in der Schul- und Kulturpolitik öffnete es bedenkenlos dem sozialistischen Freiidentum die Tür, das echtem Kulturbolschewismus gleicht wie ein Ei dem anderen. Den Lohn für solche Entlassung erhielt das Zentrum im Reichstag, wo die sozialdemokratische Fraktion Brüning jeden Wunsch von den Augen ablas und seine Rotverordnungspolitik launizierte, sogar unter dem Eindruck von Wählergebnissen, die der SPD ein Viertel ihres Bestandes kosteten. Die Gegenrechnung für Preußen wurde ausgeglichen, die schwarz-rote Herrschaft gegen den Volkswillen gehalten.

Nun kommen als Jäger in diese verhängnisvolle Entwicklung die gefährlichen Preußenwahlen. Nach der ganzen Anlage seiner Politik sollte man meinen, daß dem Zentrum der Ausgang dieser Auseinandersetzung gleichgültig sein könne. Für seinen Parteibestand hat es nichts zu fürchten, denn alle Länderwahlen der letzten Zeit haben gezeigt, daß sich die Zentrumswählererschaft als einzige vom Wandel der Volksstimmung nicht hat beeinflussen lassen. Andererseits wird das Zentrum nicht müde, zu betonen, daß keine Koalition mit der Sozialdemokratie keine Gewinnabsicht hat und noch weniger eine politische Dauerreise sei. Ebenso gut könne es auch mit der Rechten zusammenarbeiten, wenn die parlamentarische Möglichkeit zur Mehrheitbildung vorliegt. Man sollte sogar meinen, daß das Zentrum die Gelegenheit, nach den Preußenwahlen vom politischen Arbeitsmarkt abzurücken, gern ergreifen möchte um im christlichen Sinne die Verwirklichung der von den sozialistischen Ministern so arg vernachlässigten kulturpolitischen Aufgaben nachzuholen. Aber das Zentrum kann nicht mehr wie es will. Es konnte dem Warrismus in Preußen nicht lahrelang Schlepptreuerdienste leisten, ohne ihm auch innerlich verhasst zu werden. Schuld und Sühne reichen sich hier die Hand. Die Wechselwirkung zwischen Preußen und Reich besteht weiter, und am Brünning Stellung zu halten, muß das Zentrum den Braun und Severing auch leicht Wahlfahrerablenke leisten. Die koalitionspolitische Freiheit, die einst die Stärke der Zentrumspartei war, ist verloren. Die „Germania“ behauptet zwar das Gegenteil, aber sie widerpricht sich selbst, wenn sie als Maßstab des

SA-Auflösung mit Hilfe des Reichsbanners

Sozialdemokratischer Bürgermeister bewaffnet keine Parteigenossen

Weimar, 14. April. Auf ungewöhnliche Art schritt der sozialdemokratische Bürgermeister Borch in Langewiesen, Landkreis Arnstadt, zur Auflösung der SA- und SS-Organisationen. Er nahm, wie vom Thüringischen Innenministerium bestätigt wird, das Reichsbanner zur Hilfe und bewaffnete es, da ihm nur ungenügende Polizeikräfte zur Verfügung standen haben sollen. Es wurden Hausdurchsuchungen durchgeführt, Verhaftungen vorgenommen und Waffen beschlagnahmt. Bürgermeister Borch leitete die Aktion persönlich und hatte sich, wie er auf Anfrage bestätigte, zu seiner Sicherheit mit einem Revolver bewaffnet. Ueber dieses Vorgehen des Bürgermeisters herrscht im Orte große Erregung.
Der Bürgermeister hat sich sogar an die Spitze einer von ihm mit Gewehren bewaffneten Gruppe von Reichsbannern angeheiratet und drang bei einer Anzahl von Nationalsozialisten, auch bei Jugendlichen, in den Nachstunden ein und nahm mit vorgehaltener Pistole Hausdurchsuchungen und Verhaftungen vor. Auf Beschwerden von Einwohnern griff der zukünftige Landrat des Arnstader Kreises ein und stellte die Ordnung in Langewiesen wieder her. Das Thüringische Innenministerium wird gegen den sozialdemokratischen Bürgermeister disziplinarisch vorgehen.
Im Innenministerium fanden heute nachmittag Verhandlungen über den Fall Borch (Langewiesen) statt. Die bürgerliche Fraktion des Reichstages in Langewiesen hatte beim Innenministerium Beschwerde erhoben, weil Borch Reichsbanner als Polizeipolizei bei der Aktion gegen die SA-Organisationen eingesetzt hatte. Der Landrat von Arnstadt, Vahl, war nach Weimar gekommen, um Bericht zu erstatten. Landrat Vahl wird sich heute abend in Vertretung eines Vertreters des Innenministeriums nach Langewiesen begeben, um dort die Untersuchung zu leiten, von deren Ergebnissen die weiteren Beschlüsse des Innenministeriums abhängen werden.

2. Gegenüber den widerrücklich angestellten planmäßigen Beamten wird die Regierung gemäß § 4 des Beamtengesetzes den Widerruf der Anstellung ansprechen und das Dienstverhältnis kündigen.

3. Für die unwiderrücklich planmäßigen Beamten gilt folgendes:
a) Sie haben diejenigen Folgen zu tragen, welche sich wegen Verletzung der Treuepflicht gegen den Staat auf Grund von Disziplinarverfahren nach Wahgabe der bestehenden oder künftigen Befehle ergeben. — Im übrigen sind
b) die sogenannten politischen Beamten im Sinne des § 27 des Beamtengesetzes in den einseitigen Ruhestand zu versetzen;
c) bei dem Abau sind die betreffenden Beamten vorzugsweise in Aussicht zu nehmen.
Die Staatsregierung erwartet, daß die Gemeinden ähnlich verfahren. Wegen der Reichsbeamten und der Reichsbahnbeamten wird sich die badische Staatsregierung an die Reichsregierung wenden.

Karlsruhe, 14. April. Die NSDAP. hat beim Staatsgerichtshof eine einseitige Verfügung gegen die badische Regierung beantragt auf Unterlassung der in der Regierungserklärung am Donnerstag angekündigten Strafe für Beamte, die sich bei der NSDAP. betätigen.

Preußen erläßt „Ausnahmen“ des Umzugsverbots

Berlin, 14. April. Wie der Antische Preussische Pressedienst mitteilt, hat der preussische Minister des Innern einen Erlaß an alle Regierungspräsidenten und Polizeibehörden gerichtet, durch den diese ermächtigt werden, in der Zeit vom 17. April 1932 bis auf weiteres auch für politische Veranlassungen und Umzüge unter freiem Himmel auf höchstens 24 Stunden vorher gestellte schriftliche Anträge Ausnahmen zuzulassen, sofern der Friedliche und ungestörte Verlauf der Veranstaltung gewährleistet erscheint und sonstige Bedenken gegen die Abhaltung der Veranstaltung nicht bestehen. Mehrere gleichzeitige Veranstaltungen verschiedener Organisationen am gleichen Ort sind nur zu gestatten, wenn die Sicherheit gegeben ist, daß die Veranstaltungen sich räumlich in keiner Weise berühren.
Das bedeutet wohl in der Praxis, daß das Bürgerkriegs-Reichsbanner und die „Eiserne Front“ marschieren dürfen, nicht aber diejenigen, die gegen die schwarz-rote Herrschaft demonstrieren.

Groener mahnt Klages

Braunschweig, 14. April. Wie an maßgebender Stelle verlautet, hat Reichsinnenminister Groener an den braunschweigischen Innenminister das Ersuchen gerichtet, die Auslieferungsgeschäfte der braunschweigischen SA- und SS-Verbände sicherzustellen. Eine entsprechende Verfügung ist bereits an die braunschweigischen Polizeibehörden ergangen.

Kein Stahlhelmverbot geplant

Berlin, 14. April. An zuständiger Stelle wird erklärt, daß die Frage einer Auflösung des Stahlhelms innerhalb der zuständigen Regierungsstellen nicht erörtert worden und daß auch keinerlei Verbotsmahne geplant sei.

Unerhörter Terror gegen Beamte in Baden

Karlsruhe, 14. April. In der heutigen Landtagssitzung wurde auf eine Anfrage der Nationalsozialisten betreffend des Reichsbanners von Seiten der Regierung erklärt: Die Regierung habe keine Veranlassung, Erhebungen zu veranstalten, in welchem Umfang Beamte des staatlichen Sicherheitsdienstes dem Reichsbanner angehörten und sich anherdienstlich in ihm betätigten. Zur Rotverordnung des Reichspräsidenten über die Auflösung der SA-Organisationen gab Staatspräsident Dr. Schmidt (Zentrum) im Namen der badischen Regierung eine Erklärung ab, in der es heißt: Die Regierung mahnt alle Beamten, den Versammlungsberufungen der NSDAP. keinen Glauben mehr zu schenken. Gegen diejenigen, welche trotz dieser Ermahnungen sich im Sinne der kommunistischen Partei oder der Nationalsozialistischen Partei betätigen, wird die badische Regierung folgende Maßnahmen ergreifen:
1. Den außerplanmäßigen Beamten, den Angestellten und Arbeitern wird die Regierung das Dienstverhältnis im Rahmen der Befehle kündigen.

13. 4.	13. 4.
11. 4.	11. 4.
10. 4.	10. 4.
9. 4.	9. 4.
8. 4.	8. 4.
7. 4.	7. 4.
6. 4.	6. 4.
5. 4.	5. 4.
4. 4.	4. 4.
3. 4.	3. 4.
2. 4.	2. 4.
1. 4.	1. 4.
31. 3.	31. 3.
30. 3.	30. 3.
29. 3.	29. 3.
28. 3.	28. 3.
27. 3.	27. 3.
26. 3.	26. 3.
25. 3.	25. 3.
24. 3.	24. 3.
23. 3.	23. 3.
22. 3.	22. 3.
21. 3.	21. 3.
20. 3.	20. 3.
19. 3.	19. 3.
18. 3.	18. 3.
17. 3.	17. 3.
16. 3.	16. 3.
15. 3.	15. 3.
14. 3.	14. 3.
13. 3.	13. 3.
12. 3.	12. 3.
11. 3.	11. 3.
10. 3.	10. 3.
9. 3.	9. 3.
8. 3.	8. 3.
7. 3.	7. 3.
6. 3.	6. 3.
5. 3.	5. 3.
4. 3.	4. 3.
3. 3.	3. 3.
2. 3.	2. 3.
1. 3.	1. 3.
31. 2.	31. 2.
30. 2.	30. 2.
29. 2.	29. 2.
28. 2.	28. 2.
27. 2.	27. 2.
26. 2.	26. 2.
25. 2.	25. 2.
24. 2.	24. 2.
23. 2.	23. 2.
22. 2.	22. 2.
21. 2.	21. 2.
20. 2.	20. 2.
19. 2.	19. 2.
18. 2.	18. 2.
17. 2.	17. 2.
16. 2.	16. 2.
15. 2.	15. 2.
14. 2.	14. 2.
13. 2.	13. 2.
12. 2.	12. 2.
11. 2.	11. 2.
10. 2.	10. 2.
9. 2.	9. 2.
8. 2.	8. 2.
7. 2.	7. 2.
6. 2.	6. 2.
5. 2.	5. 2.
4. 2.	4. 2.
3. 2.	3. 2.
2. 2.	2. 2.
1. 2.	1. 2.
31. 1.	31. 1.
30. 1.	30. 1.
29. 1.	29. 1.
28. 1.	28. 1.
27. 1.	27. 1.
26. 1.	26. 1.
25. 1.	25. 1.
24. 1.	24. 1.
23. 1.	23. 1.
22. 1.	22. 1.
21. 1.	21. 1.
20. 1.	20. 1.
19. 1.	19. 1.
18. 1.	18. 1.
17. 1.	17. 1.
16. 1.	16. 1.
15. 1.	15. 1.
14. 1.	14. 1.
13. 1.	13. 1.
12. 1.	12. 1.
11. 1.	11. 1.
10. 1.	10. 1.
9. 1.	9. 1.
8. 1.	8. 1.
7. 1.	7. 1.
6. 1.	6. 1.
5. 1.	5. 1.
4. 1.	4. 1.
3. 1.	3. 1.
2. 1.	2. 1.
1. 1.	1. 1.

Heute: Der D.N.-Krafffahrer Seite 9 und 10